

Wahlempfehlung eines soziologischen „Großdeuters“

Anmerkungen zu Ulrich Becks Buch *Was zur Wahl steht*

Klaus Schroeder

Parteien streiten um die politische Macht, Soziologen und Philosophen um die Deutung von Vergangenheit und Zukunft. Dabei gerät beiden die Gegenwart aus dem Blick. Die Wähler indes entscheiden bei der Stimmabgabe vor dem Hintergrund ihrer aktuellen Situation nach politischer Überzeugung, individueller Interessenlage oder Sympathie für die Spitzenkandidaten. Die Regierungsparteien punkten mit medialer Präsenz und staatsmännischem Gehabe und schwächeln infolge der unter den selbstgestellten Vorgaben zurückgebliebenen Leistungen. Die Oppositionsparteien punkten mit dem Versprechen, es besser zu machen, sowie mit Verheißungen für ihre Klientel und schwächeln mit unverbindlichen Aussagen, wie das Bessermachen konkret umgesetzt werden soll. Beiden trauen die meisten Wähler wenig zu: Wenn sie die Regierenden erneut wählen, dann nur, weil sie von der Opposition noch weniger erwarten. Entscheiden sie sich für die Opposition, dann höchstens, weil sie meinen, schlechter als derzeit ginge es kaum. Den großen Entwurf zur grundlegenden Sanierung des Patienten Deutschland erwartet kaum ein Wähler, zumal er individuell hierfür – wie Umfragen belegen – keine Opfer bringen möchte.

Dieses Vakuum versuchte der Münchener Soziologe Ulrich Beck vor der Bundestagswahl am 18. September 2005 zu füllen. In mehreren Interviews und einem schnell verfaßten Buch – *Was zur Wahl steht*¹ – hat er einen Deutungsversuch unternommen, der in der Diagnose fulminant an den Realitäten des vereinten Deutschlands vorbeigeht und in der Therapie die Parteiprogramme an Unklarheit und Unbestimmtheit übertrifft. Beck berücksichtigt weder die Erfahrungen des Niedergangs und Untergangs der DDR, die sozial weit über ihre Verhältnisse lebte, noch die schwerwiegenden Fehler der Vereinigungspolitik, die die schon in den 80er Jahren sichtbaren Modernisierungsprobleme verschärften. Adressaten sind offenbar die zahlenmäßig ausgedünnten Linksintellektuellen und realitätsblinde Idealisten. Ihnen kommt er bereits in der Begrifflichkeit entgegen, indem er zum Beispiel ohne weitere Begründung Angela Merkel als „eine neoliberale und neonationale Zwangsreformatorenin“ oder als „Lady Maggie Merkel“ bezeichnet und das global agierende Kapital als das Böse schlechthin verurteilt. Dagegen helfe nur ein Boykott der Konsumenten gegen Arbeitsplätze abbauende, transnationale Konzerne und die Wahl von Gerhard Schröder (dem „Sozialstaats-Luther“) als zwar in der Vergangenheit tragische, zukünftig aber wieder strahlende Lichtgestalt. Jedenfalls dann, wenn er im Sinne Becks Deutschland für die Herausforderungen der globalisierten Welt öffnet und zugleich das Soziale und Demokratische für Deutschland neu begründet. Schröder hat gegenüber Merkel für Beck den entscheidenden Vorteil, daß er einiges von ihm (Ulrich Beck) gelesen hat und ihm die Einsicht verdankt, daß die Erwerbsarbeit in den letzten 20 Jahren stetig zurückgegangen ist.²

Gerhard Schröder hat tatsächlich an die Bewertung von Beck angeknüpft und Merkel und vor allem den als Finanzminister vorgesehenen Paul Kirchhoff geradezu als Inkarnation des sozial Ungerechten im Wahlkampf stigmatisiert. Dabei ging es Schröder weniger um die tatsächlichen Vorstellungen Merkels und Kirchhoffs, sondern um eine Verurteilung ohne

¹ Beck, Ulrich: *Was zur Wahl steht*. Frankfurt am Main: Suhrkamp 2005.

² Vgl. Schröder, Gerhard/Hesse, Reinhard: *Und weil wir unser Land verbessern ... 26 Briefe für ein modernes Deutschland*. Hamburg: Hoffmann & Campe 2001.

Nennung korrekter Fakten und das Wecken latenter Vorurteile gegenüber grundlegenden Reformen beim Volk, wobei die ideologische Kampfformel „Soziale Ungerechtigkeit“ anscheinend nicht nur bei schlichten Gemütern immer wieder gut ankommt.

Der Bundeskanzler und seine grünen Hilfstruppen haben jedoch mit dem Wegmobben Kirchhoffs einen Pyrrhussieg errungen: Die Notwendigkeit eines einfachen und transparenten Steuersystems, unabhängig von der Höhe des Steuersatzes, ist für unabsehbare Zeit von der politischen Tagesordnung verschwunden, wie auch eine Diskussion um die ökonomischen und sozialen Folgen staatlicher Umverteilung kaum noch möglich sein wird. Wenn Politiker dermaßen Vorurteile bestärken und hervorrufen, müssen sie sich später nicht wundern, wenn Frustrationen und Politikerverdrossenheit zunehmen, wenn der Reformbedarf unter dem Druck der Globalisierung unabdingbar wird. Die Analogie zur gescheiterten Wiedervereinigungspolitik drängt sich dem Beobachter hierbei geradezu auf. Die Gegenwartsdiagnose des Münchener Soziologen fällt ebenso schlicht wie im Detail unzutreffend aus. Anknüpfend an die alte Soziologendebatte um das Ende der Arbeitsgesellschaft Anfang der 80er Jahre behauptet er, die Erwerbsarbeit neige sich dem Ende zu, ein Normalarbeitsverhältnis würde zur Rarität, ja, es stünde eine Brasilianisierung, das heißt die Dominanz von niedrig bezahlten Mehrfachbeschäftigungen und prekären Verhältnissen, unmittelbar bevor. Angesichts dessen käme es zu einer sozialen Erosion und demokratischer Instabilität: Deutschland befinde sich gleichsam in einem vorrevolutionären Zustand.

Die Realität sieht derzeit freilich noch anders aus, wie schon ein kurzer Blick in einschlägige Statistiken belegt. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten geht zwar in den letzten Jahrzehnten leicht zurück, aber immer noch stehen knapp 90 Prozent der westdeutschen und etwa 80 Prozent der ostdeutschen Arbeitnehmer in einem unbefristeten Arbeitsverhältnis. Der Anstieg von Teilzeitquote und Minijobs, vor allem hervorgerufen durch die zunehmende Erwerbsneigung zumeist verheirateter westdeutscher Frauen – was Beck übersieht – dürfte eher Folge eines überregulierten und sozial überlasteten Arbeitsmarktes als eines Rückgangs von notwendiger Erwerbsarbeit sein. Selbst die Behauptung, die Arbeitsverhältnisse würden immer unsicherer und mehrfacher Jobwechsel sei die Regel, findet bisher in der Realität keine Entsprechung. Im Gegenteil: Der Anteil der Arbeitnehmer, die den Arbeitsplatz wechselten, lag wie auch schon in den letzten zehn Jahren zuvor nur bei etwa zehn Prozent. Auch kann trotz Hartz IV von einer stärkeren Kluft zwischen Arm und Reich bisher keine Rede sein. Von – wie Beck behauptet – einer Brasilianisierung ist der deutsche Arbeitsmarkt ebenso weit entfernt wie der deutsche Fußball von Ronaldinho.

Was tatsächlich not tut, sind nicht die fatalistische Beschwörung des Rückgangs der Erwerbsarbeit, sondern verbesserte Rahmenbedingungen für mehr Erwerbsarbeit durch den Abbau von Überregulation, sei es im Kündigungsschutz oder in zentralistischer Gewerkschaftsmacht, und vor allem die Reduktion der durch die Finanzierung der Vereinigung noch zusätzlich um mehrere Prozentpunkte gestiegenen Arbeitskosten durch einen generellen Umbau des Sozialstaates: Mithin müßte eine erfolversprechende Politik endlich die soziale Entflechtung der Ökonomie in Angriff nehmen. Der Hinweis Becks und anderer Sozialideologen auf die steigenden Gewinne großer Unternehmen führt in die Irre, da die weit überwiegende Mehrheit der Arbeitnehmer in Deutschland bei kleinen und mittleren Unternehmen beschäftigt ist, die sehr wohl unter der Last der Arbeitskosten leiden. Aber auch aus demographischen Gründen bedarf es der generellen Einführung einer sozialen Grundversorgung sowohl in der Alterssicherung als auch im Gesundheitswesen. Für die Arbeitslosenversicherung wäre eine vollständige Privatisierung sinnvoller als die Fortschreibung des bisherigen, tatsächlich ungerechten Umverteilungsmechanismus. Die radikale Senkung der Arbeitskosten und die Konzentration der staatlichen Umverteilung auf das Steuersystem folgen weniger neoliberalen als vielmehr skandinavischen Vorbildern und sollten durch eine

stärkere Umverteilung von Arbeit und Einkommen durch mehr Teilzeitarbeit – wie zum Beispiel in den Niederlanden – flankiert werden. Über die Höhe der Sätze bei den direkten und indirekten Steuern müßte vor diesem Hintergrund neu und grundsätzlich debattiert werden. Anstatt, wie es Beck und die PDS empfehlen, sich mit Massenarbeitslosigkeit abzufinden und sie den Langzeitarbeitslosen durch ein, mit dem ALG II durch die Hintertür ohnehin schon etabliertes, arbeitsunabhängiges Grundeinkommen zu versüßen, muß der Arbeitsmarkt für nichtqualifizierte Arbeitskräfte, die den Löwenanteil der Langzeitarbeitslosen stellen, durch staatliche Subventionen, etwa durch eine negative Einkommenssteuer, attraktiver gestaltet werden. Der Kardinalfehler aller bisherigen Regierungen, Arbeitslosigkeit und nicht Arbeit zu subventionieren, läßt sich hierdurch zumindest ansatzweise überwinden.

Erst durch die Integration in den ersten Arbeitsmarkt wird – wie es Beck zu Recht fordert – den Gruppen, die nicht zuletzt wegen mangelnder (Aus-)Bildung keine Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben und sich überflüssig fühlen, eine Perspektive eröffnet, sich auch jenseits der zeitlich reduzierten Erwerbsarbeit zu engagieren. Es sind nämlich nicht vorrangig über viel Freizeit verfügende Arbeitslose und Rentner, sondern gut ausgebildete Erwerbstätige, die ehrenamtlich in Vereinen, Bürgerinitiativen oder Selbsthilfegruppen mitarbeiten. Dagegen sind bildungsferne Schichten unabhängig davon, ob sie berufstätig sind oder nicht, weniger aktiv. Durch eine bloße Umbenennung des Arbeitslosengeldes in Bürgergeld, wie es Beck wohl vorschwebt, lassen sich Selbstzweifel und Motivationsschwäche von Langzeitarbeitslosen jedenfalls nicht überwinden. Generell sollte der kulturellen und sozialen Integration unterer sozialer Schichten, die zum überwiegenden Teil nicht in Deutschland geboren wurden, nicht nur auf dem Arbeitsmarkt, sondern vor allem in der Bildungspolitik vorrangige Beachtung geschenkt, aber auch die Folgen der bisherigen Migrationspolitik überdacht werden. Die Kernfrage ist also nicht, ob uns die Arbeit ausgeht, sondern wie wir die Erwerbsarbeit umstrukturieren können. Geringere Lohnkosten würden die Wirtschaft wettbewerbsfähiger machen und könnten die Schwarzarbeit zurückdrängen. Ziel sollte nicht der weitere Ausbau des Sozialstaates durch noch mehr Umverteilung, sondern seine Entkoppelung von der Erwerbsarbeit sein. Deutschland droht bei einem weiteren schuldenfinanzierten Ausbau der Sozialsysteme das Schicksal der DDR, allerdings mit dem gewichtigen Unterschied, daß niemand die Sanierung der Konkursmasse übernehmen wird.

Eine generelle Kurskorrektur stößt allerdings hierzulande auf eine besondere Schwierigkeit: die Staatsgläubigkeit und das weit verbreitete soziale Sicherheitsdenken. Eine Mehrheit der Westdeutschen ist mit nahezu allen Ostdeutschen und Migranten in einem Wohlstands- und Sozialpatriotismus verbunden. Hierin besteht der unausgesprochene Kern der Zusammengehörigkeit sozialer und ethnischer Gruppen in Deutschland. Die derzeitige deutsche Krise ist also vordergründig eine ökonomische, darüber hinausgehend jedoch eine kulturellmentale, die entweder über eine energische Politik á la Margret Thatcher oder durch einen fortgesetzten schleichenden wirtschaftlichen und sozialen Niedergang gelöst werden wird. Neben diesem Grundirrtum unterlaufen Beck noch zwei weitere Fauxpas. Er propagiert ein neu zu erfindendes Europa, verbunden mit einer Überwindung des Nationalstaates. Dabei müßte ihm die Stimmung von Bevölkerungsmehrheiten nicht nur in den Niederlanden und Frankreich vor Augen geführt haben, daß das zukünftige Europa nicht gegen, sondern nur in Verknüpfung mit jeweiligen nationalstaatlichen Identitäten eine Zukunft hat. Die Zukunft gehört dem Europa der Vaterländer und keineswegs dem Europa der Bürokraten. Schlimmstenfalls zerfällt die EU, bevor sie sich stabilisieren kann. Die europäische Integration stößt sehr schnell an Grenzen, wenn die einzelnen Staaten keine Möglichkeiten zur ökonomischen und sozialen Eigenprofilierung haben und nur noch im Rahmen vorgegebener, an Deutschland orientierter Standards agieren dürfen. Dies schließt keineswegs soziale Mindeststandards und steuerliche Übereinkünfte aus, beläßt aber den einzelnen Staaten hinrei-

chend Freiräume zur Verbesserung des eigenen Wohlstandes. Es wäre schon viel gewonnen, wenn sich eine breite Mehrheit der EU-Bürger weiterhin als Franzosen, Italiener, Deutsche etc. und gleichzeitig als Europäer fühlten. Insofern darf man nicht die Preisgabe nationaler Identitäten fordern. Das Wettbewerbsprinzip zu stärken sollte im übrigen auch für die dringend notwendige Reform des deutschen Föderalismus gelten, was Beck ebenso wie die Lasten der deutschen Einheit und der Migration, die wachsende Staatsverschuldung und die Höhe der Subventionen, die ja ein Großteil der aktuellen Schwierigkeiten ausmachen, für nicht erwähnenswert hält. Auf diesen Feldern schnell und ernsthaft Reformen einzuleiten ist sinnvoller, als von einem transnationalen Europa zu fabulieren.

Obschon Beck das Ende der Erwerbsarbeit gekommen sieht, hält er aus demographischen Gründen Migration zur Auffüllung des Arbeitsmarktes für notwendig. Die Notwendigkeit weiterer Einwanderung erläutert Beck seiner vielleicht nicht sehr fußballkundigen Leserschaft am Beispiel des FC Bayern München, der nur durch die Verpflichtung ausländischer Spieler in die deutsche Spitzen- und die europäische obere Mittelklasse aufsteigen konnte. Erst durch Multikulturalität könne Deutschland vitalisiert werden. Wer dies ablehne, wie CSU-Politiker, untergrabe die Zukunftsfähigkeit Deutschlands. Wer den FC Bayern lobe und gleichzeitig gegen Multikulti auftrete, verhalte sich gleichsam schizophren. Das hat Beck schön formuliert, dabei leider aber übersehen, daß die CSU sehr wohl auch in der Migration das Bayern-München-Prinzip vertritt, indem sie die Zuwanderung von Leistungsträgern anstelle von Sozialstaatsklienten fordert, was ihr von nicht wenigen den Vorwurf des Rassismus eingebracht hat. Hätte der FC Bayern München, um bei der Analogie zu bleiben, Kreisligaspieler aus Anatolien oder Brasilien verpflichtet, würde er heute bestenfalls in der bayerischen Landesliga spielen. Die derzeit überdurchschnittlich hohe Arbeits- und Perspektivlosigkeit von Ausländern verdankt sich bekanntlich in erster Linie ihrer geringen Qualifikation. Von daher hat Migration vor allem eine qualitative und nicht nur eine quantitative Dimension. Die hier geborenen Ausländerkinder werden nur dann eine Chance haben, wenn sie frühzeitig Bildung vermittelt bekommen, um später in den Arbeitsmarkt eintreten und konkurrieren zu können.

Als Fazit seiner wenig überzeugenden Darlegungen propagiert Ulrich Beck einen zunächst europäischen und später weltweiten Pakt der Staaten gegen das globale Kapital. Transnationale Institutionen sollen die Unternehmen zwingen, eine sozialstaatliche Politik zu betreiben, damit revolutionäre Situationen verhindert werden. Eine Partei mit einem solchen Programm stand allerdings nicht zur Wahl, so daß Beck und seine Anhängerschaft nur der Wahlverzicht, die Gründung einer „Transnationalen Soziologenpartei“ (TSP), die Wahl der SPD oder der erneut umbenannten SED blieb. Um nicht einen prominenten Leser seiner Schriften zu verlieren, wird Beck wohl die SPD gewählt haben. Der gemeine Wähler aber konnte sich für mehr Staat und mehr Umverteilung oder zumindest ansatzweise für mehr Gesellschaft und mehr Eigenverantwortung entscheiden. Das hat er auch getan: Die Mehrheit plädierte durch die Wahl von SPD, Grünen und Linkspartei/PDS für mehr Umverteilung und einen Verzicht auf weitere Reformen. Unabhängig davon, ob es eine Große Koalition oder eine wie auch immer eingefärbte Ampel gibt, steht unser Land nun vor schwierigen Zeiten und wird wohl weiterhin bei der Arbeitslosigkeit und dem Wachstum die rote Laterne tragen. Hierzu einen bescheidenen Beitrag geleistet zu haben ist auch das Verdienst von Ulrich Beck.